Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 28 (1934)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

mer wieder aus: Es handelt ſich bei der deutſchen Revolution um einen Kampf um die *Weltanſchauung*, und was für eine er meint, iſt deutlich genug.

Aber der deutſche Proteſtantismus als *Kirche* iſt in vollem Zuſammenbruch. Kein Wunder, daß viele ſich von der Hitler-Kirche zur Papſt-Kirche wenden. Zwar ſoll die Nachricht von den ſechshundert Paſtoren, die unter Führung Karl Thiemes zur römiſchen Kirche übergetreten ſeien, gewaltig übertrieben ſein. Aber nichts iſt einleuchtender, als daß viele auf dieſen Weg gelangen müſſen. Wenn nur Rom ſelbſt nicht auch durch ſeinen Bund mit Muſſolini, Hitler und Dollfuß das Gericht auf ſich gezogen hätte! Es muß aber auch wiederholt werden, daß die Art, wie die proteſtantiſche Oppoſition dem „Deutſchen Chriſtentum" entgegentritt, zwar durch ihre heroiſche Entſchloſſenheit höchſten Reſpekt verdient, aber in letzter Inſtanz doch nicht genügen wird. Denn ſie iſt zu ſehr bloße Wiederbelebung der altproteſtantiſchen Theologie. Dieſer Art gegenüber hat das „Deutſche Chriſtentum" ein gewiſſes Recht, weil in ihm, wenn auch in ſehr irriger Form, etwas von der Erkenntnis eines *lebendigen* Gottes lebt. Nein, der Sinn dieſes deutſchen Kampfes und Zuſammenbruches iſt, daß es über die Kirche und das Luthertum, wie ſchließlich auch das Calvintum, zu Chriſtus geht, zum Reiche, zur Gemeinde des Reiches. Und das iſt freilich etwas Gewaltiges. Veni, Creator Spiritus!

15. Mai 1934. *Leonhard Ragaz.*

Rundſchau

Zur Chronik.

I. Zur Abrüſtungs- und Friedensbewegung. 1. Die *Aufrüſtung* geht fieberhaft weiter. *Japan* verwendet 44% ſeines Budgets offen auf das Militär, einen andern Teil wohl noch verſteckter Weiſe. Beliefert wird es dabei freundſchaftlich von all ſeinen Gegnern. — Die *Vereinigten Staaten* wollen 570 Millionen Dollar für ihre Flotte aufwenden, ſie zur vollen durch den Washingtoner Vertrag erlaubten Stärke ausbauend. — *Frankreich* hat ein neues, allen bisherigen Konſtruktionen überlegenes Unterſeeboot „Surcouf" gebaut und will ein 26,000 Tonnen-Kriegsſchiff mit Begleitung hinzufügen; *Italien* baut ein 25,000 Tonnen Kriegsſchiff dieſer Art; *England* ſetzt für die Verſtärkung der Flotte gegen 1½ Milliarden Schweizerfranken aus, es baut vier Kreuzer und 20 andere Kriegsſchiffe und denkt an die Schaffung einer gewaltigen Luftflotte. *Deutſchland* kaufte allein in den Vereinigten Staaten im Januar und Februar für 650,000 Dollar Rüſtungsmaterial, gegen 349,000 im ganzen Jahre 1933. Seine ganze mit der Rüſtung verbundene Induſtrie hat um 94% zugenommen. — Neue Mordmaſchinen und Mordmethoden werden unaufhörlich erfunden.

Im *engliſchen* Parlament muß zugegeben werden, daß die große engliſche Rüſtungsfirma Vickers-Armſtrong ihre neueſten Tanks in der offiziellen deutſchen Militärwochenſchrift angeboten hat. Die Roll Royce-Werke aber haben mit Wiſſen

der Regierung maſſenhaft Flugzeugmotoren an Deutſchland geliefert. Auch *Bolivien und Paraguay* werden für ihren mörderiſchen Chaco-Krieg von den Völkerbundsſtaaten, die dieſen verhindern ſollten, bereitwillig mit Waffen und Munition verſorgt. — In den Vereinigten Staaten iſt eine Kommiſſion (Nye Commiſſion) eingeſetzt worden, welche die Praktiken der Rüſtungsinduſtrie unterſuchen ſoll. — Daladier hat vor der Unterſuchungskommiſſion im Falle Stawisky erklärt, daß vier Fünftel der Pariſer Zeitungen ſubventioniert ſeien. Von wem?

2. *Militarismus und Antimilitarismus.* Die am Aufſtand des holländiſchen Kriegsſchiffes *„Die Sieben Provinzen"* beteiligten Offiziere ſind zu ein bis drei Jahren Gefängnis und Degradierung verurteilt worden.

Am 13. Mai haben in den Vereinigten Staaten *große Demonſtrationen von Studenten und Profeſſoren gegen Krieg und Militarismus* und beſonders gegen die militäriſchen Uebungen der höheren Schulen ſtattgefunden. (Man bedenke: Studenten und Profeſſoren gegen Krieg und Militarismus!) Veranſtaltet wurden ſie von der National Student League (= nationaler Studentenbund) und der League for induſtrial Democracy (= Bund für Induſtriedemokratie).

Gegen eine beleidigende Herabſetzung der *Dienſtverweigerer* durch Profeſſor Philipp Bridel von der theologiſchen Fakultät in Lauſanne, den Herausgeber der Werke Vinets, in der „Gazette de Lauſanne" hat unſer Freund Jeanmarie in der „Sentinelle" ſehr ſtark und ſchön geantwortet. Wie traurig, daß Vinets Erbe gerade da, wo Vinets ſtärkſte Eigentümlichkeit die Verteidigung des Rechtes des individuellen Gewiſſens in Betracht kommt, *ſo* verwaltet wird.

Hans Anderfuhren in Zürich iſt wegen erneuter Verweigerung der Militärſteuer zu zehn Tagen Haft und zwei Jahren Entzug der bürgerlichen Rechte (Anderfuhren iſt u. a. ſozialiſtiſcher Kantonsrat!) verurteilt worden. Die Schärfe des Urteils, gegen deſſen anfängliche, nach ſeiner Meinung zu große Milde der Staatsanwalt Eugſter vom Bezirksgericht ans Obergericht appelliert hatte, wurde damit begründet, daß er wegen dieſem Vergehen ſchon wiederholt beſtraft worden ſei. Wer alſo zeigt, daß er dem *Gewiſſen* gehorcht hat, nicht einer Laune, iſt doppelt ſtrafwürdig! So weit alſo iſt in der ethiſchen Logik auch ein Zürcher Obergericht gekommen. Und wer dem Vaterland nicht den höchſten Dienſt leiſten wolle, ſei auch nicht würdig, ſeine Rechte zu genießen. Ein Alkoholiker und Verführer genießt dieſe ruhig, wenn er ſeinen Militärdienſt tut, aber ein Anderfuhren, der all ſeine Kraft und Zeit, ſowohl als Leiter einer Siedelung, wie bei den „Kinderfreunden", den Mitmenſchen widmet, iſt ihrer nicht würdig. Denn an der Stellung zum Militär wird der Wert eines Menſchen gemeſſen!

Kagawa, der „Apoſtel" Japans, ſei wegen ſeiner Stellung zum Vorgehen der Japaner in der Mandſchurei und dem japaniſchen Imperialismus überhaupt mit ſeinen vielen ſozialen Werken in große Not geraten und ſehr der Unterſtützung bedürftig.

Eine Reihe von *holländiſchen Profeſſoren,* darunter Heering und van Embden, haben einen Aufruf erlaſſen, worin ſie es als der Wiſſenſchaft unwürdig erklären, wenn dieſe ihre Arbeit in den Dienſt des Krieges und ſeiner Vorbereitung ſtelle. Es iſt darob zu großen Auseinanderſetzungen ſowohl in der Erſten Kammer als in der Oeffentlichkeit gekommen, ähnlich wie es bei uns der Fall wäre, nur daß es bei uns keine Profeſſoren gibt (ordentliche!) die einen ſolchen Aufruf erließen und keine bürgerliche Zeitung, die zu ihnen ſtünde.

Die Geiſtlichkeit der *amerikaniſchen Kirche* hat beſchloſſen, die Aktien der großen Rüſtungsfirma Vickers-Armſtrong, die im Beſitz ihrer Penſionskaſſe waren, abzuſtoßen. Eine ſehr bemerkenswerte Tat!

Hendrik de Man hat in dem belgiſchen Sozialiſtenblatt „Le Peuple" über das Problem der „Landesverteidigung" wichtige Artikel veröffentlicht, die ſich ſtark mit den von uns vertretenen Ueberzeugungen decken.

II. Zum wirtſchaftlichn und ſozialen Leben. Rooſevelts Experiment. Es wird eine ſtarke Erhöhung der Steuern auf die großen Vermögen mit Veröffentlichung der Regiſter in Ausſicht genommen. Die Baumwollproduktion wird ſtarken Beſchränkungen unterworfen. Die Nira hat ſich genötigt geſehen, die kleinen Betriebe von ihren Beſtimmungen zu befreien. Die Civil Works Adminiſtration (d. h. die offizielle Verwaltungseinrichtung für Arbeitsbeſchaffung) iſt vorläufig eingeſtellt, man hofft auf andere Arten von Hilfe. Der Streik der Chauffeure in New York und St. Louis (wegen Lohnfragen?) iſt geſcheitert. Der Eiſenbahnerkonflikt iſt durch Rooſevelts Vermittlung beigelegt. Man hat ſich auf eine Lohnſenkung von 10% geeinigt. In der Automobilinduſtrie, beſonders in Cleveland und St. Louis, finden große Streikbewegungen zur Durchſetzung der Freiheit der gewerkſchaftlichen Organiſation ſtatt. Eine von Senator Wagner eingebrachte Bill ſoll dieſe nach Möglichkeit ſichern. Es wird behauptet, daß die Company Unions durch ihre Legaliſierung geſtärkt worden ſeien, trotzdem nun die freie Organiſation auch legal geworden iſt.

Rooſevelt hat ein Buch mit dem Titel „Our Way" (Unſer Weg) veröffentlicht; das leſe, wer dieſen wichtigen Dingen nachgehen will und kann.

III. Zu Sozialismus, Kommunismus, Faſchismus. 1. Der 1. Mai iſt in den Vereinigten Staaten gefeiert worden wie noch nie. In New York hätten ſich viele Zehntauſende zuſammengefunden. Da und dort hat ſich für dieſen Tag die Einheitsfront gebildet, beſonders in Frankreich, aber auch in Lauſanne.

Die *holländiſche Sozialdemokratie* hat an ihrem Oſterkongreß auch das Thema der *Landesverteidigung* behandelt. Auch hier zeigte ſich der Einfluß der neuen Lage. Man ging zwar nicht ſo weit, „vorbehaltlos" der militäriſchen Landesverteidigung zuzuſtimmen, obſchon es auch an ſolchen Stimmen nicht ganz fehlte, aber man ließ einen früheren Beſchluß fallen, wonach man ſich *jedem* Krieg ohne Ausnahme widerſetzen würde, wenn nötig durch Generalſtreik. Unſer Freund *William Banning*, der Führer der Religiöſen Sozialiſten, hat ſehr entſchieden den *radikalen* Standpunkt vertreten. — Daneben wurde im Zuſammenhang mit dem Kampf gegen den Faſchismus das Problem der Gewinnung der Bauern und des Mittelſtandes in dem nun allgemein anerkannten Sinne behandelt.

Der Nationalrat der engliſchen Arbeiterpartei hat am 25. April u. a. folgendes beſchloſſen:

„Der Nationalrat fordert die Regierung dringend auf, alle nur möglichen Schritte zu tun, um Sowiet-Rußland, die Vereinigten Staaten von Amerika auf Grundlage des Kellog-Paktes in eine engere Verbindung mit dem Völkerbund zu bringen, mit ihnen einen Pakt zur Feſtſtellung und Abwehr eines kriegeriſchen Angriffes einzugehen und an der Stärkung des Völkerbundes mit ganzem Herzen mitzuarbeiten."

Einen Schlag für den Sozialismus (wohl auch für den „Arbeitsplan" de Mans!) bedeutet der Zuſammenbruch der belgiſchen *Banque du Travail* (Arbeiterbank), wie der der franzöſiſchen *Banque des Coopératives* (Genoſſenſchaftsbank). Endgiltig iſt in beiden Fällen der Zuſammenbruch nicht. In bezug auf die Urſachen liegt für uns noch keine unparteiiſche Klärung vor; jedenfalls trägt die Kriſe die Hauptſchuld.

Die engliſche *Labour Party* gewinnt bei Wahlen ins Unterhaus immer neue, oft überraſchende Siege.

In den Vereinigten Staaten iſt wieder von der *„Dritten Partei"* die Rede, die jedenfalls ſtark zum Sozialismus neigte. Ihr würden u. a. die Anhänger der Partei La Follettes und der Farmer Labour Party angehören. Daß auch in Italien der Widerſtand des Sozialismus („Marxismus") nicht tot iſt, ſondern nur auf die Stunde der Wiedererhebung wartet, beweiſt folgende Notiz:

„Eine Gruppe von 115 in der Fabrik von ..... beſchäftigten Arbeitern hat an die öſterreichiſchen Arbeiter den Betrag von 72 Lire geſendet, als Beweis ihrer Solidarität mit ihren Brüdern, die im Kampfe gegen den gemeinſamen Feind, den Faſchismus, zu den Waffen gegriffen haben.

Der Betrag iſt von einem Briefe begleitet, der folgendermaßen beginnt: „Mit der größten Begeiſterung und Teilnahme haben wir Eueren heldenhaften Kampf gegen den gemeinſamen Feind, den Faſchismus, begleitet. Euer Heldentum und Euere Feſtigkeit, womit ihr Euren entſchiedenen Willen zum Siege bekräftigt habt, hat auch unſere Willenskraft geſtärkt, mit welcher wir täglich gegen die faſchiſtiſche Unterdrückung in unſerem Lande kämpfen."

Sie ſchreiben weiter: „Dieſen Betrag von 72 Lire haben wir unter 115 Arbeitern unſerer Fabrik geſammelt, wo 150 Arbeiter beſchäftigt ſind und einen mittleren Tageslohn von 14 Lire (3½ Fr.) verdienen. Es ſoll Euch beweiſen, wie groß der Haß der italieniſchen Arbeiter gegen den aushungernden und gewalttätigen Faſchismus iſt, wie groß unſere Willenskraft im Kampfe iſt, den wir zuſammen mit Euch führen: für Brot, Arbeit, Freiheit und für den Sturz des Faſchismus."

2. *Stalins* Poſition hat ſich ſtark befeſtigt, beſonders durch die außenpolitiſchen Erfolge (neues Verhältnis zu Amerika; Abwehr Hitler-Deutſchlands; Vertrag mit Polen; Stärkung gegen Japan durch England und Rußland und ſo fort), die aber wohl nicht gerade ſein Verdienſt ſind. Einer der letzten einflußreichen Gegner Stalins und Freunde Trotzkys, Rakowsky, iſt auf ſeine Seite getreten. Das Regime der G. P. U. (Geheimpolizei), deſſen Chef Menſchinsky kürzlich geſtorben iſt, ſoll gemildert, der törichte Marxismuskult in den Schulen ſtark beſchränkt werden und ſo fort.

Die Wirtſchaftslage ſcheint aber keineswegs glänzend zu ſein. In der Ukraine herrſche fortwährend Hungersnot. Die Frühlingsausſaat könne nur ungenügend erfolgen. Eine in Schweden aufzunehmende Anleihe von 100 Millionen Kronen (= 200 Millionen Schweizerfranken) iſt am Widerſtand des ſchwediſchen Parlamentes geſcheitert.

Das Los des von Land zu Land gehetzten *Trotzky* muß als Schande für die heutige Geſellſchaft empfinden, wer überhaupt noch ein humanes Fühlen hat, ganz gleich, wie er über Trotzky als Politiker denkt. Aber humanes Fühlen iſt ja heute geradezu geächtet.

3. *Der Faſchismus* breitet ſich auch in Südafrika aus. Dort verbindet er ſich mit dem Raſſenhaß und der Raſſenverachtung der Weißen gegen die Schwarzen. Ein Anhänger dieſer Denkweiſe prügelt einen eingeborenen Taglöhner wegen eines geringen Verſehens zu Tode; ein anderer mißhandelt einen ſchwarzen Arbeiter ſchwer, weil er den zwei Monate rückſtändigen Lohn fordern möchte; ein dritter erſchießt ein junges Negermädchen, das auf ſeinem Land ein paar Früchte ißt. Und ſo fort.

Es ſoll ſogar (offenbar auch neben dem ſogenannten Reviſionismus) beſonders in Polen und Paläſtina einen *jüdiſchen* Hitler-Faſchismus geben. Non plus ultra!

In *England* ſuchen die Faſchiſten beſonders die Gunſt des Bauerntums zu gewinnen, indem ſie ſich gerichtlichem Vorgehen gegen verſchuldete Pächter mit militäriſchem Aufzug widerſetzen und mit Erfolg.

4. *Die Opfer.* Es ſoll 62,000 deutſchen Emigranten, davon 21,000 in Frankreich, 10,000 in Paläſtina, 8000 in Polen, 2500 in der Schweiz und ſo fort, geben. Welch ein Meer von Jammer und doch nur ein Teil des vom Faſchismus erzeugten. An Stelle der von der „Caritas" verhinderten *öſterreichiſchen Arbeiterkinder* ſollen nun wenigſtens einige hundert Emigrantenkinder aus Paris in die Schweiz kommen. Ein gutes Werk! Denn die Not dieſer Kreiſe iſt oft rieſengroß und bedeutet oft ſchwere Hungersnot.

Die Republik des *Libanon* habe den Juden Wohnſitze angeboten.

5. Ein *Evangelisch-sozialer Kongreß*, an dem sich auch Bundesrat Schultheß beteiligte (wie kommt Saul unter die Propheten?) hat Ende April in Zürich stattgefunden.

IV. Schweizerisches. 1. Eine in Zürich stattfindende Tagung des (katholischen) *Schweizerischen Studentenvereins* hat sich ausschließlich mit der Frage der *Korporationen* beschäftigt. Die *Neue Helvetische Gesellschaft* hat auf ihrer Jahresversammlung in Vevey die Lage der Landwirtschaft und des Auslandschweizertums verhandelt, die *Vereinigung für den Völkerbund* in Lausanne das Führerproblem als Teilproblem des Völkerbundsproblems, die *Jungliberale Vereinigung* auf ihrer Tagung in Olten neben der Verfassungsrevision den von ihr geforderten obligatorischen Arbeitsdienst.

2. Der *Gewerkschaftsbund* (der die Totalrevision ablehnt) hat ein umfassendes Programm zur Ueberwindung der Krise aufgestellt, das als gemeinsames Programm einer „Nationalen Aktionsgemeinschaft" dienen soll, zu der möglichst alle antikapitalistischen Kreise zugezogen werden sollen.

Der Bundesrat hat ein Programm der *Bauernhilfe* herausgegeben. Im Berner Oberland hat sich eine *bäuerliche Notgemeinschaft* für Selbsthilfe gebildet. Nach Professor Laurs Berechnung (er gibt auch ein solches Programm heraus) beträgt die Gesamtverschuldung der schweizerischen Landwirtschaft fünf Milliarden Franken, 50 Prozent des Gesamtkapitals. Davon sei eine Milliarde durch den Ertragswert nicht gedeckt und müßte durch den Bund abgelöst werden. 25 Prozent aller Güter seien hoch verschuldet. Da ist Hilfe schon sehr nötig und dringlich.

Die *Arbeitslosigkeit* ist von 91,000 auf 54,000, also um 45,000 gesunken. — Die Basler Gesellschaft für *Chemische Industrie* habe 25 Prozent faktische Dividenden ausbezahlt, die Gesellschaft *Nestlé* (die behauptet Cham aus Mangel an Rentabilität verlassen zu müssen und damit große Not schuf) 14 Prozent.

3. Bei den *Berner Wahlen* haben die Heimatwehr (im Berner Oberland) 3, die Freigeldler (in der Stadt Bern) 1 Mandat erobert, die „Nationale Front" und die Kommunisten sind leer ausgegangen. Die Bauern- und Bürgerpartei und die Katholisch-Konservativen haben ihre Mandate behauptet, die Freisinnigen sind die Besiegten, die Sozialisten mit 10 gewonnenen Mandaten und bedeutenden Stimmenzuwachs die Sieger. Alles sehr bezeichnend!

4. In der *sozialdemokratischen Partei von Basel* scheint nach langen Kämpfen zwar nicht die Person Schneiders, aber die Parteilinke gesiegt zu haben. — In *Zürich* unterlagen die Jungsozialisten mit ihrer Liste für den neuen Parteivorstand. Die Regie hatte gut gegen sie gearbeitet. Doch sind sie nun im Parteivorstand durch mehrere Mitglieder vertreten und haben in Sachfragen sicher die Mehrheit hinter sich.

5. Die *Fonjallaz-Faschisten* haben in Italien antifaschistische Schweizer denunziert. Ihr Organ „Il fascista Svizzero" sollte daraufhin suspendiert werden, hat aber sein Erscheinen vorher selbst eingestellt. Auch die sozialistische *„Libera Stampa"*, in der Tonellos Gedicht erschien, ist gemaßregelt worden.

Von der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung ist eine *Initiative für den Schutz der Pressefreiheit* geplant. Gewiß etwas sehr Notwendiges. Die vorgeschlagene Formulierung scheint mir aber nicht glücklich; sie verlangt zu wenig und ist nicht volkstümlich gefaßt.

Nach einem durch Indiskretion veröffentlichten Schreiben des Vorsitzenden ist scheints auch ein *Referendum gegen das Pressegesetz* (oder besser: Pressediktat) geplant, aber verschleppt worden. Wie steht es wohl damit?

6. Die Nationalsozialisten sollen *Spionage* in Banken (auf geflüchtete deutsche Gelder hin), ja sogar bei der Post betreiben. Aufpassen ist auf alle Fälle nötig.

Ein hervorragender schweizerischer Theologe, *Wilhelm Vischer*, theologischer Lehrer für das Alte Testament an der von Bodelschwingh gegründeten Freien

theologiſchen Schule zu Bethel, mußte ſeine Stelle verlaſſen, weil er den Nazi nicht genehm ſei. Man fordert Repreſſalien! Sagen wir lieber: Mehr geraden Rücken und Beſitzer von ſolchen!

V. Von Natur und Kultur.

Schwere *Bergwerkskataſtrophen* haben in *Rakanje* (Polen), *Buggingen* (Baden) und *Mons* (Belgien) ſtattgefunden, mit 140 Todesopfern am erſten, 86 am zweiten, 54 am dritten Ort. Und wieviel Herzeleid und Not als Folge! Die *fünf Feuersbrünſte*, die in Zürich-Außerſihl während *einer* Nacht angeſtiftet wurden, ſprechen auch eine beredte Sprache. Ebenſo die Ermordung ſeiner Frau durch den Franzoſen *Henriot*. Ein Ehemann, der ſeine Gattin in eine hohe Lebensverſicherung zwingt, um ſie dann zu töten und die Summe einziehen zu können!

Furchtbare *Hitze* hat in Amerika und Europa zerſtörend gewirkt. Ueber das bibliſche *Tiberias* iſt eine ſchwere Gewitterkataſtrophe gekommen.

VI. Zu den Vorgängen in der deutschen protestantischen Kirche.

a) Der Vorſtand des Kirchenbundes hat die Mitteilung der deutſchen evangeliſchen Kirche, daß ein kirchliches Außenamt eingerichtet wurde zur Pflege der Beziehungen mit den ausländiſchen Kirchen, mit folgendem Brief beantwortet:

„Wir dürfen Sie verſichern, daß die ſchweizeriſchen Reformationskirchen herzlichen Anteil nehmen an dem ſchweren Ringen unſerer deutſchen Glaubensgenoſſen um den Neubau ihrer Kirche und die Erhaltung ihrer reformatoriſchen Eigenart. Wir wiſſen uns mit vielen Kirchen des evangeliſchen Auslandes völlig eins im Verſtändnis für die rechtmäßigen Bemühungen um die Einheit der deutſchen Kirche, für die Neubeſinnung auf die Wahrheit der evangeliſchen Botſchaft und ihre Anwendung auf eine neue Zeit.

Aber wir können Ihnen die wachſende Beſorgnis nicht verhehlen, die ſich auch in unſeren Kirchen kundgibt, daß die Ereigniſſe der jüngſten Zeit es der deutſchen evangeliſchen Kirche erſchweren müſſen, ihren reformatoriſchen Charakter zu erhalten und ſich neu aufzubauen mit der Freiheit, deren eine evangeliſche Kirche für ihre Verkündigung und für ihr Leben bedarf.

Wir nehmen durchaus teil an dem geiſtigen Kampf unſerer deutſchen Glaubensgenoſſen um eine Stärkung und Vertiefung evangeliſchen Lebens mitten in Staat und Volk. Aber wir ſind nicht minder intereſſiert an der Aufrechterhaltung jener weiteren Glaubensgemeinſchaft, die aus der Reformation hervorgegangen iſt und in der ökumeniſchen Bewegung einen weiten Kreis von evangeliſchen Kirchen umfaßt und würden es aufs tiefſte bedauern, wenn dieſe neu gewonnene Lebens- und Arbeitsgemeinſchaft durch die religiöſe Entwicklung und kirchenpolitiſche Maßnahmen im Urſprungsland der Reformation geſchwächt würde.

In der beiliegenden Erklärung verſuchten wir, aus unſerer eigenen Beſinnung auf die Grundlagen jener Jahrhunderte alten Gemeinſchaft die Grundſätze auszuſprechen, die uns auch für die zukünftige Geſtaltung der Beziehungen zu andern Kirchen der Reformation wichtig zu ſein ſcheinen.

Wir wünſchen unſeren deutſchen Glaubensgenoſſen, die im Kampf um die kirchliche Ausgeſtaltung dieſer reformatoriſchen Grundſätze ſtehen, von ganzem Herzen ein beſonderes Maß jenes uns verheißenden Geiſtes, der uns in alle Wahrheit leiten wird."

b) Folgender Brief wurde von 610 Pfarrern und Theologiedozenten unterzeichnet und an Pfarrer Niemöller, Vorſitzender des deutſchen Pfarrernotbundes, gerichtet:

„Sehr geehrte, liebe Amtsbrüder! Mit wachſender Teilnahme hören wir von den ſtets neuen Bedrängniſſen, die Sie von Seiten der „Deutſchen Chriſten" und dem aus demſelben hervorgegangenen gegenwärtigen Kirchenregiment zu erleiden haben. Es iſt uns ein Bedürfnis und eine Pflicht amtsbrüderlicher Solidarität, uns mit dieſem Schreiben an Sie zu wenden und es Ihnen auszuſprechen, daß wir

uns in Ihrem Kampf für die reine Verkündigung des Evangeliums und für die Freiheit der Kirche geſchloſſen auf Ihre Seite ſtellen und uns mit Ihnen gegen Ihre Widerſacher im Glauben verbunden wiſſen. Wir wiſſen uns mit Ihnen einig in der Verpflichtung zu einer unverfälſchten Predigt des Wortes Gottes, im Bekenntnis zu dem einen Herrn und Gebieter ſeiner Gemeinde. „Die heilige chriſtliche Kirche, deren einig Haupt Chriſtus iſt, iſt aus dem Worte Gottes geboren; darinnen bleibt ſie und hört nicht die Stimme eines Fremden."

Wir ſagen Ihnen Dank, daß Sie bis dahin die Sache der Kirche Jeſu Chriſti in Ihrem Volk und Vaterland aller Anfeindung und Gewaltübung zum Trotz tapfer und unter ſchweren perſönlichen Opfern vertreten haben. Ihr und Ihrer Gemeinden Widerſtand iſt uns und allen ernſthaften evangeliſchen Chriſten eine Glaubensſtärkung. Sie kämpfen und leiden für die Erhaltung und Erneuerung der Kirche weit über Ihr Vaterland hinaus. Eben darum dürfen wir Sie bitten: Laſſen Sie ſich nicht beirren in dieſem Kampf, der Ihnen verordnet iſt! Halten Sie Ihre Front bis zum Aeußerſten! „Da gilt es mitten durch die Verzweiflung hindurchzubrechen. Gott will, daß ſein Evangelium gepredigt werde."

Es ſoll Ihnen zur Stärkung in Ihrem Kampfe dienen, zu wiſſen, daß wir im Geiſte feſt mit Ihnen verbunden ſind und daß wir Gott für Sie bitten, er möge nicht ablaſſen, Ihnen Kraft zu einem mutigen Zeugnis und zum Ausharren zu verleihen. Wir getröſten uns dabei mit Ihnen der Verheißung, die der Herr Jeſus Chriſtus ſeiner Gemeinde gegeben hat, daß auch die Pforten der Hölle ſie nicht überwältigen ſollen. Wir grüßen Sie in brüderlicher Gemeinſchaft!"

Die „*Gottloſen-Ausſtellung*", die gegenwärtig in Zürich iſt, wird von einer „Internationalen Arbeitsgemeinſchaft Pro Deo (Für Gott!)" veranſtaltet.

16. Mai.

Zur ſchweizeriſchen Lage.

An der ſchweizeriſchen Lage, ſoweit ſie ſich auf der Oberfläche zeigt, treten zwei Züge beſonders deutlich hervor: das immer raſchere und ungehemmtere Hinabgleiten auf der Bahn der geiſtverlaſſenſten Reaktion und die zunehmende Niederträchtigkeit der Haltung gegenüber den Anſprüchen der kleinen und großen Diktatoren ringsum.

Die ganze geiſtige Verrohung, deren Produkt und Erſcheinungsform die *Reaktion* darſtellt, iſt in dem *Bombenattentat von Zürich* und ſeinen Folgeerſcheinungen hervorgetreten. Die Leſer erinnern ſich wohl daran, daß im letzten Sommer nächtlicherweiſe eine Bombe in die Wohnung des Redaktors Grau vom „Volksrecht" in Zürich geworfen worden iſt, die nur durch „Zufall" bloß Sachſchaden anrichtete und ſehr leicht Menſchenleben hätte zerſtören können, worauf ſie auch berechnet war. Der Verdacht fiel ſofort auf Mitglieder der „Nationalen Front", die auf dieſe einfache Art die Erneuerung der Schweiz herbeiführen wollten. Dieſe wehrten ſich gegen dieſen Verdacht mit Pathos und Geſchrei und veranſtalteten, doch ſicherlich wiſſend, wie die Dinge ſtünden, noch kürzlich eine große Demonſtrationsverſammlung zur Bekundung ihrer beleidigten Unſchuld gegen die den Fall unterſuchende Gerichtsbehörde. Und nun iſt es herausgekommen, daß jener Verdacht mehr als berechtigt war. Denn es ſind ſogar hervorragende Mitglieder der „Front" an der Sache beteiligt, darunter ein Doktor juris und Millionärsſohn, der noch vor kurzem ſogar an einem Gerichte tätig war. Statt nun über eine ſolche Verirrung der politiſchen Leidenſchaft tief zu erſchrecken und ſie ernſtlich ſo zu verurteilen, wie es notwendig geweſen wäre, hat man zwar die Beteiligten desavouiert und wenigſtens zum Schein ausgeſchloſſen, im übrigen aber deutlich gezeigt, wie wenig man ſich daraus ein Gewiſſen mache, und die Schuld auf die „Marxiſten" abzuwälzen verſucht, die ja, neben dem „Liberalismus", an *allem* ſchuld ſind. Die ganze Affäre läßt tief in eine furchtbare Verderbnis

blicken und zeigt, was bevorſteht, wenn wir auf *dieſem* Weg zur „Erneuerung der Schweiz" weitergehen.

Nicht weniger traurig ſind aber, nur im paſſiven Sinne, die Fälle Angelo Tonello und Friedrich Adler. *Angelo Tonello* iſt ein alter ſozialiſtiſcher Gegner des Faſchismus, der vor dem Muſſolini-Terror in der Schweiz Zuflucht geſucht hat, mit mythiſchen Aſſoziationen im Kopf wie „Rütli", „Land Wilhelm Tells", „Land der Freiheit", „Hochburg der Demokratie". Er hat dann freilich bald eine gründliche Ernüchterung erfahren und iſt nur durch den Umſtand, daß es im Teſſin noch einen Reſt von demokratiſchem Freiheitsſinn gibt, vor der Ausweiſung bewahrt worden. Da er aber kein Schweizer (der neuen Art) iſt und überhaupt ein Menſch mit Herz und Seele, ſo haben die öſterreichiſchen Vorgänge ihm ein Gedicht entlockt, worin er den „frommen" Diktator Dollfuß neben den Galgen ſtellt, den dieſer ja reichlich benutzt hat, und vom Papſte erklärt, daß er mit einem Kreuze vorlieb nehme, dem der obere Arm weggenommen worden ſei. Wahrſcheinlich waren dem armen Freiheitskämpfer, der ja auch ein Dichter iſt, wieder Erinnerungen an Tell und die Freiheitskämpfe der alten Schweizer gegen das Habsburgiſche Oeſterreich gekommen und hat er gar gemeint, mit der Empörung über die blutige Niederwerfung von Volksgenoſſen, die ſich für Demokratie, Freiheit, Recht und Verfaſſung wehrten, im Einklang mit dem Herzen des Schweizervolkes zu empfinden. Aber er hatte nicht mit Motta und der Motta-Schweiz gerechnet. Motta iſt ja der Bewunderer und Freund ſowohl Muſſolinis als Dollfußens. Und nun hat er ſeine Ausweiſung aus dem Lande, in dem nicht mehr Tell, ſondern Geßler gilt, und muß ſehen, wo er ſonſt eine Zuflucht vor Muſſolinis Schergen findet. Die Sache iſt aber ſo, *daß Tonello die einfache Wahrheit geſagt hat,* und zwar auf eine ſatiriſche, aber geiſtvolle Weiſe. Dollfuß *hat* nun einmal im Namen Gottes mit dem Galgen gegen Freiheitskämpfer operiert und der Papſt (d. h. die Kirche) hat, jedenfalls *öffentlich,* dazu geſchwiegen und den Gewinn akzeptiert. Das liegt ſonnenklar zutage. Und das iſt dann in den Augen der „Neuen Zürcher Zeitung" eine „unflätige Beſchimpfung". Sie braucht dazu wiederholt dieſen Ausdruck. Ueber weltliche und geiſtliche Tyranneitaten, gegen welche gehalten die alten „Vögte" die reinſten Freiheitskämpfer und Friedenshelden waren, die Wahrheit zu ſagen, die einfache, ſonnenklare Wahrheit, iſt in den Augen dieſer neuen „feſt auf vaterländiſchem Boden ſtehenden" Schweizer „unflätige Beſchimpfung". So wird von dieſen Leuten die Schweiz „verteidigt".[1])

Nicht minder ſchmählich, ja wohl noch ſchmählicher, iſt der Fall *Adler.* Hier hat die „Neue Zürcher Zeitung" in Artikeln von nicht mehr zu überbietender Niedrigkeit der Geſinnung das Zeichen zur Hetze gegeben. Friedrich Adler hatte unmittelbar nach den öſterreichiſchen Ereigniſſen auf die Aufforderung der Partei hin in Verſammlungen der zürcheriſchen Arbeiterſchaft über jene Vorgänge ein Wort geſagt. Es war ein ſehr gehaltenes Wort, ein durchaus edles, vornehmes Wort, das dem ſo hart getroffenen Manne in jenen Tagen gewiß ſchwer fiel. Nichts war natürlicher, als daß ein Mann, der den Dingen ſo nahe ſtand, zu den Zürcher Arbeitern ein Wort darüber ſagte. Kein Menſch mit einem Reſt von Sinn für das Rechte konnte daran Anſtoß nehmen. Auch die „Neue Zürcher Zeitung" hat damals nichts darüber geſagt. Inzwiſchen aber iſt ihr offenbar die große

---

[1]) Ich habe ſowohl Bild als Gedicht ſelbſt geprüft. Beide haben von ferne nichts „Unflätiges" an ſich, ſondern ſind, im Rahmen der Satire, durchaus edel gehalten. Man könnte der „Neuen Zürcher Zeitung" gratulieren, wenn ſie ſo viel Geiſt und Witz hätte und nie unter dieſes Niveau ſänke.

Daß es auch im Teſſin Leute gibt, die dieſe Aktion Mottas als das zu beurteilen wiſſen, was ſie iſt, beweiſt folgende Aeußerung der jungliberalen „Avanguardia": „Die Zeit des liberalen, demokratiſchen und republikaniſchen Selbſtbewußtſeins iſt in der Schweiz vorüber."

Freude über das in Oesterreich Geschehene gekommen. Auch sagt sie sich, der Zeitpunkt sei günstig, einen Vorstoß gegen diesen Posten des Sozialismus, das Sekretariat der Zweiten Internationale in Zürich, zu unternehmen, als Teilaktion in dem ganzen Vorstoß gegen den Sozialismus überhaupt. Ein Brief, den Adler an den Präsidenten des zur Aufoktroierung der neuen Verfassung nun einberufenen österreichischen Nationalrates richtete und in dem er verlangte, als gewähltes Mitglied ebenfalls einberufen zu werden, welcher Brief in dem Bulletin der „Internationale" erschien, gab ihr den erwünschten Anlaß.

Vorher schon hatte im Kantonsrate Doktor *Fritz Hunziker,* Professor am Gymnasium, einen Vorstoß gegen Adler und seinen Adlatus Adolf Sturmthal, vor allem aber gegen *Anna Siemsen,* die ihm als „Kollegin" besonders im Wege zu sein scheint, unternommen, ein wenig anständiger im Stil, in der Sache ebenso unanständig. Denn wenn irgend etwas in der Welt unanständig im schlimmsten Sinne ist, so ist es die Anfechtung und Bedrängung von Verfolgten, und für einen Schweizer ist es doppelt unanständig, wenn der von ihm Angefochtene und Bedrängte ein für die *Freiheit* Verfolgter ist. Wahrscheinlich will Professor Hunziker ein Christ sein, schon aus Konservatismus, und auch die „Neue Zürcher Zeitung" protegiert ja den lieben Gott und hält sich einige Theologen: Haben denn diese Leute nie in der Bibel davon gelesen, daß dort der *„Fremdling"* in den besonderen Schutz Gottes gestellt ist? Ist es dann nicht Gottlosigkeit im echten Sinne des Wortes, diese „Fremdlinge" zu mißhandeln, schwer bedrängte Menschen noch mehr zu bedrängen?

Den Gipfel erreichte diese ganze Schande in einer weiteren Kantonsratssitzung, worin sich ein Winterthurer „Demokrat" *Boßhart,* der auch den Doktortitel trägt und der uns nicht unbekannte Verfolger der Dienstverweigerer, Staatsanwalt *Eugster,* hervortaten. Jener ging sogar so weit, Adler ein „Subjekt" zu nennen. Es wurde Adler dabei besonders fein gegen den Minister Stürkh verübtes Attentat als „Mord" und Verbrechen angerechnet. Und was man an Gemeinheit und Dummheit dazu nur wünschen kann! Der Zürcher Regierungsrat hat sich nicht den Wünschen der „Neuen Zürcher Zeitung" und ihrer Geistesverwandten gefügt, wohl aber der Bundesrat, indem er die Erwartung ausspricht, Adler werde selber die Konsequenzen ziehen und das Land verlassen.

Ich bemerke zur Sache selbst: Es ist eine E h r e für die Schweiz und für Zürich, daß sie die Zweite Internationale beherbergen dürfen und es wird eine Schande für sie sein, wenn sie die Schweiz verlassen müssen, weil die Schweiz, wie Otto Lang im Großrat richtig bemerkte, nur noch das Land der Hoteliers und Vaterland der Reichen ist. Nie hat sich das Sekretariat oder die Internationale selbst auch nur von ferne in schweizerische Angelegenheiten eingemischt. Wenn das Sekretariat auf Spitzbergen seinen Sitz gehabt, so hätte es die Schweiz nicht weniger berühren können. Die Politik der Internationale aber, die im wesentlichen eine Unterstützung der Bestrebungen des Völkerbundes war, bedeutete direkt eine Unterstützung der Lebensinteressen der Schweiz. Und eine solche Macht (eine Macht ist es immer noch!) sollen wir uns verfeinden und aus dem Lande vertreiben, nur weil die Vertreter des Großbesitzes sich gegen alles, was sozialistisch heißt, so verhalten, wie jenes bekannte intelligente Tier gegen das rote Tuch? So gehen diese Leute mit der Schweiz um! Wobei noch zu bemerken wäre, daß der Sozialismus eine Sache ist, welche von der größten Partei der Schweiz und zwei Fünftel ihrer Bürger vertreten wird, und daß es übrigens keinem Sozialisten einfiele, dagegen wüst zu tun, wenn etwa der Liberalismus in der Schweiz eine Zentrale in Form eines Sekretariates hätte. Man könnte ja auch gegen ein Zentralsekretariat der Friedensbewegung so vorgehen wie gegen das der Zweiten Internationale, und es gibt schon Leute, die das gerne täten, auch solche, die es tun und die nur noch geeichte und bewährte Reaktionäre und Anbeter des Geldsackes und Maschinengewehres im Hause Wilhelm Tells ließen.

Ich füge auch hinzu, daß ich ſelbſt weder die Politik der Zweiten Internationale noch die perſönliche Friedrich Adlers in allen Stücken billige. (Es iſt, nebenbei geſagt, eine bittere Ironie, daß Adler bei uns eine Hauptſtütze derjenigen Tendenz in der Sozialdemokratie war, welche *gegen* die Abrüſtung iſt!) Aber das hat mit dem Grundſätzlichen dieſer Sache nichts zu ſchaffen. Und gerade als politiſcher Gegner Friedrich Adlers erhebe ich die Stimme umſo ſtärker für die vollendete Lauterkeit und Vornehmheit ſeines Charakters und ſeines Wollens und die Höhe ſeiner Ziele. Auch ſeine an Stürkh verübte Tat iſt aus dieſer Geſinnung hervorgegangen, aus der Verzweiflung über den Fluch des Krieges und dem Willen, mit dem Opfer des eigenen Lebens den Bann zu brechen, der über den Völkern liege. Ich billige ſelbſtverſtändlich dieſe Tat nicht, habe ſie nie gebilligt, aber ſie ſteht trotzdem unerreichbar hoch über der Geſinnung und Art ſeiner Ankläger. Von dieſen aber iſt eines zu verlangen: Sie ſollen doch endlich fordern, daß man die Briefmarke mit dem Tell abſchaffe und ſie durch den Geßlerhut erſetze! Denn *das* iſt ihre wahre Geſinnung.

Was aber Frau *Anna Siemſen* betrifft, mit der ich politiſch auch nicht ganz einig gehe, ſo iſt ſie eine der edelſten und bedeutendſten Frauen und Menſchen unſerer Tage. Sie iſt ein großer Segen für unſere Arbeiterſchaft. Jedes Land darf auf einen ſolchen Gaſt ſtolz ſein. Sie ragt an Geiſt, wie an Herz und Charakter weit über den Durchſchnitt der Menſchen hinaus. Ihr Weſen und Wirken iſt dazu von vollendetem Takt. Wenn ſie unter uns politiſch im engeren Sinne des Wortes gewirkt hat, ſo nur auf zwei Linien: in der Vertiefung des Sozialismus und in der Bekämpfung des Nationalſozialismus. Aber wo der Geldſack gefährdet erſcheint, oder ähnliche edle Motive im Spiele ſind, da gilt Hitler mehr als die Rettung der Schweiz. Die Propaganda des Faſchismus und Nazitums, welche den Untergang der Schweiz bedeuten, wird auf alle Weiſe begünſtigt, ihre Bekämpfer bekämpft und vertrieben.

Alle dieſe Dinge charakteriſieren die Einſtellung eines großen Teils unſerer bürgerlichen Welt, die um ihres Klaſſeninteresses willen die Schweiz auf alle Weiſe verrät und dabei mächtig in Patriotismus und Landesverteidigung macht.

Dieſe die Schweiz verratende Unterwürfigkeit gegen das diktatoriſche Ausland geht mit einer ſich diktatoriſch gebärdenden *Reaktion* Hand in Hand. Wenn Motta, nach der nun beſonders bei den Diktatoren üblichen Weiſe, im Radio das Wort nimmt, um zu ſeinen Untertanen zu reden und ſie, von der immerhin großen Unzufriedenheit über den „Preſſeknebel" wiſſend, verſichert, er gedenke ſie nicht allzu ſtrenge zu regieren, ſo tut er das in einem Tone des magiſtralen Hochmutes, der eben den kleinen Diktator, ſo ein wenig à la Dollfuß, verrät, und wenn der Bundesrat, dem Verlangen des Vereins der Schweizerpreſſe ſcheinbar nachgebend, eine Konſultativkommiſſion für die Verwarnung an ungehorſame Blätter oder das Verbot von ſolchen annimmt, ſo kann man ſich denken, welcher Art dieſe von ihm ſelbſt ernannten Berater ſein werden. Sie werden höchſtens der Willkür einen Schein des Rechtes verleihen. Und in „Notfällen" will der Bundesrat ohnehin tun, was ihm beliebt.

Der ganze Jammer der „Außenpolitik" der heutigen Schweiz kommt auch in der Frage der *Anerkennung Rußlands zum Ausdruck.* Dieſe wird ſich nun ſchwerlich mehr vermeiden laſſen. Man wendet und dreht ſich aber, um die Blamage möglichſt zu verhüllen. Denn gegen Rußland hat man zur Abwechslung ſich mächtig aufgebläht und den Großen geſpielt. Da bedeutete das Beiſpiel der Schweiz auf einmal etwas! Jetzt iſt es natürlich nicht ganz leicht, ſich wieder klein zu machen.

Fügen wir zur Charakteriſtik der ſchweizeriſchen Lage noch ein Wort von Profeſſor *Laur* hinzu, das in der Aprilnummer der „Bauernzeitung" ſtand:

„Die Erfahrungen in Deutſchland zeigen, daß man auch auf dem Boden des Faſchismus gute Bauernpolitk treiben kann. Die Erhaltung des Bauerntums iſt ſchließlich wichtiger als die Erhaltung der Demokratie."

Und ein dergeſtalt von allen Grundlagen der Schweiz abgekommenes, feiges, zerriſſenes Bürgertum will eine *neue Bundesverfaſſung* ſchaffen! Dieſer Plan iſt nun in den Mittelpunkt der ſchweizeriſchen politiſchen Diskuſſion gerückt. Die dahinter ſtehende Abſicht iſt ganz klar: *Es ſoll eine Verfaſſung im Sinn und Geiſt der Reaktion und als Werkzeug der Reaktion geſchaffen werden.* Die „Fronten" zielen dabei auf den Faſchismus ab, die Katholiken auf den „Ständeſtaat" und die Ausmerzung des Jeſuiten- und Kloſterverbotes wie die Fernhaltung der Geiſtlichen von der Bundesverſammlung. Aber die Liberalen? Wie kommen die Jungliberalen (denen die „Alten" zuzwinkern, weil ſie die Jungen nicht entfremden wollen, ohne daß ſie ſelbſt an die Sache glaubten) dazu, ebenfalls die Totalreviſion zu fordern, die doch in erſter Linie dem Liberalismus ein Ende bereiten will?

Die Antwort iſt einfach, wenn auch paradox: *Dieſe Jungliberalen ſind ſelbſt keine Liberalen mehr.* Sie mögen ſich ſelbſt dafür halten, aber in Wirklichkeit gehorchen auch ſie mehr oder weniger der faſchiſtiſchen Strömung. Denn ſie wollen vor allem den „ſtarken Staat". Der ſtarke Staat eines Motta, Schultheß, Meyer und ſo fort! Es iſt zum Lachen und Heulen! Starke Einzelne und ſtarke, unabhängige korporative und kommunale Gemeinſchaften und *weniger* Staat — das wäre Liberalismus und die wirkliche Notwendigkeit der Zeit. Aber gerade den Berufsorganiſationen und dem Wirtſchaftsrat räumt der jungliberale Verfaſſungsentwurf nur eine ſehr beſcheidene Rolle ein. Dafür ſoll der „ſtarke Staat" das Recht haben, ſeine Auffaſſungen offiziell in der Preſſe zur Geltung zu bringen. Liberalismus müßte heute ganz beſonders in der Sphäre des *kulturellen* Lebens zur Geltung kommen. Aber gerade hier will der Jungliberalismus dem totalen Staat Konzeſſionen machen. Nicht liberal iſt auch die Beibehaltung jener gegen die römiſche Kirche gerichteten Verfaſſungsbeſtimmungen. In dem aber, was heute unbedingt die Hauptſache ſein muß, der Schaffung einer *neuen ſozialen Gerechtigkeit,* bleibt der Entwurf bei Halbheiten und Allgemeinheiten. Ueberhaupt ſucht man in dieſem jungliberalen Programm faſt umſonſt nicht nur nach dem Liberalismus, ſondern auch nach der *Jugend,* das heißt, dem *Neuen.* Die paar Forderungen, die dafür gelten können und von denen die beſte die der Geſetzesinitiative auch im Bunde iſt, ſehen doch allzu ſehr aus, wie jene berühmten neuen Lappen, auf ein altes Kleid genäht.

Das Ganze ſieht mehr nach einem durch Konzeſſionen an den Faſchismus und Sozialismus geretteten Scheinliberalismus oder auch einem durch Konzeſſionen an den Liberalismus gemilderten Faſchismus aus. Das geplante aber nun fallen gelaſſene Verbot der kommuniſtiſchen Partei, ohne das der „Nationalen Front" oder irgend einer „Front", zeigt deutlich, unter welchem Zeichen dieſer Jungliberalismus ſteht.

Mir ſcheint, dieſes Programm ſei nicht ein Ausgangspunkt, ſondern das Ende dieſer jungliberalen Bewegung. Die in ihr jetzt noch vereinigten gegenſätzlichen Elemente werden gerade in dem Kampf um die endgültige Geſtalt der geplanten Totalreviſion auseinanderfallen. Ein Teil von ihnen wird nach „links" abſchwenken müſſen, wenn er ſein Ideal retten will, ein Teil, vielleicht der grössere, wird den Strom des Faſchismus verſtärken.

Die Katholiken und die Fronten werden natürlich ein von dieſem jungliberalen weſentlich verſchiedenes Programm aufſtellen. Dann müßte es zu einem ſcharfen Zuſammenſtoß dieſer drei Reviſionen kommen und das Ergebnis wäre ein Chaos. Man kann ſich aber die Entwicklung freilich auch ſo denken, daß ſich die drei bürgerlichen Bewegungen auf einer mittleren Linie finden, die dann den für uns allein als Gefahr in Betracht kommenden reaktionären Halbfaſchismus bildeten und in dieſer Form den Kapitalismus und die bürgerliche Welt retteten. Vielleicht iſt das der bewußte und unbewußte Sinn der Reviſionsbewegung. Nur auf der katholiſch-frontiſtiſchen Linie hat man überhaupt ein konkretes neues

Programm, während das jungliberale, wie gesagt, so wenig *Neues* enthält, daß es den Riesenaufwand einer Totalrevision wirklich nicht lohnte.

Es tut mir leid, so reden zu müssen. Ich wäre sonst nicht gerade gegen eine Totalrevision, auch wenn ich sie nicht für das Nötigste halte. So aber gilt es auf der Hut zu sein. Was *mir* als Hoffnung vorschwebt, ist, daß aus all dieser Gärung etwas hervorgehe, was nicht Halbfaschismus wäre, sondern eine nach Form und Inhalt wirklich erneuerte demokratische und soziale, ja in einem weiteren und tieferen Sinne sozialistische Schweiz. *Darauf* müßte der Blick aller das Rechte Wollenden gerichtet sein.

Und hier kommt nun entscheidend in Betracht, wie der *Sozialismus* sich weiter entwickelt. Daß er nicht „erledigt" ist, haben auch bei uns wieder neue Anlässe gezeigt. Nach den Niederlagen in Winterthur und Neuchâtel, die zu solchen wurden, weil man das Ziel zu hoch steckte und sich durch das Schlagwort: „Wir fordern die Macht" betäuben ließ, kam der viel bedeutsamere große Sieg bei den Wahlen in den Berner Großen Rat. Es zeigte sich bei diesem Anlaß wieder in ihrer ganzen Pracht die ganz und gar dem „Klassenkampf" abgeneigte Gesinnung der bürgerlichen Parteien, die einem Bevölkerungsteil, der vierzig oder mehr Prozent der Wählerschaft repräsentiert, jegliche Teilnahme an der Regierung verweigert, es sei denn, daß er — den Sozialismus aufgebe. Und auch das zeigt sich — das gilt speziell von den Berner Wahlen —, daß es wahrhaftig nicht der Antimilitarismus oder ein sonstiger politischer Radikalismus ist, der die Massen hindert, zum Sozialismus zu stoßen.[1])

Der Vorstoß der Reaktion gegen den „Marxismus" setzt bekanntlich, soweit die Schweiz und Schweizer in Betracht kommen, bei *Nicole* und *Genf* ein. Es ist gelungen, die finanziellen Nöte, worin das bürgerliche Regime Genf zurückgelassen, zu einer Demütigung des sozialistischen zu gestalten. Es mußte, wollte es nicht beim Privatkapitalismus anklopfen, was auch demütigend und zugleich fruchtlos gewesen wäre, sich hilfesuchend an die Eidgenossenschaft wenden und Bedingungen annehmen, die einer finanziellen Bevormundung ähnlich sehen. Die Kapitalfrage, der Kampf mit der Großfinanz, ist für den Sozialismus überall eine Frage von Sein oder Nichtsein.

Die ganze Jämmerlichkeit unseres politischen Bürgertums zeigt sich auch sonst in der Hetze gegen diesen Mann Nicole. Begierig nutzt man einen offenbar ziemlich harmlosen Krawall gegen den Sitz des Genfer Fascio gegen ihn aus. Man verhindert ihn in Pruntrut und St. Immer am Auftreten in einem öffentlichen Lokal oder unter freiem Himmel und *verbietet* ihm letzteres in Biel von der Regierung aus; im Wallis aber geht man so weit, ihm im Namen eines „aktiven Föderalismus" (für den es wahrhaftig würdigere Ziele gäbe) das Betreten des Kantons zu untersagen. Neuerdings macht man rasch auch ein bischen in Trotzky-Hetze.

Wichtiger als Wahlen und Nicole-Hetze ist die *innere Haltung* des Sozialismus. Und hier ist in der Berichtszeit wieder Bedenklichstes geschehen. Es zeigt sich, daß die von der Mehrheit des Parteivorstandes ausgehende Tendenz zur Kapitulation vor dem Geßlerhut der „Landesverteidigung" weite Kreise besonders der Funktionäre ergriffen hat. So gelang es neuerdings in Solothurn, sie durchzusetzen. An einigen kleineren Orten (z. B. in Männedorf) gingen sozialistische Anwärter auf Aemter so weit, sozusagen offiziell die „Diktatur des Prole-

---

[1]) Wenn die „Tagwacht", eine Bemerkung Gerbers im „Aufbau", die diesen Sinn hat, ins Gegenteil verfälschend, ihren Lesern vorlügt, die „Miesmacher" Ragaz, Gerber und Konsorten wünschten im Grunde, die Sozialdemokratie verliere, so beweist sie nur, wie sehr Gerber Recht hat, wenn er die Gefahr nicht außerhalb, sondern innerhalb des Sozialismus sieht. Sie liegt u. a. in dem Geiste, den die „Tagwacht" vertritt. An *dem* müßte die Frucht aller Wahlsiege zunichte werden.

tariates" und die „Ablehnung der Landesverteidigung" abzuſchwören. Aber direkt ein Skandal — man kann es beim beſten Willen nicht anders nennen — ſind die Vorgänge am Kongreß der *Eiſenbahnergewerkſchaft*. Hier muß der von uns bisher ſehr geſchätzte Generalſekretär Bratſchi ſich zu der ganz und gar haltloſen Behauptung haben hinreißen laſſen, man habe von der Partei aus den Kampf gegen die Lex Häberlin mit den Mitteln der *Unwahrheit* geführt. Es dürfte Bratſchi ſchwer fallen, dafür auch nur den Schein eines Beweiſes beizubringen. Und erſt Profeſſor Marbach (deſſen Schrift: „Gewerkſchaft, Mittelſtand, Fronten" viel Gutes enthält) —, er verſtieg ſich zu der tadelnden Nebeneinanderſtellung der Ablehnung der „Landesverteidigung" mit einer Hinneigung zur Gottloſenbewegung. Soweit ſind nicht einmal die Kriegspfaffen gegangen! Genoſſe Marbach, ich denke, es ſei umgekehrt ſo, daß der ganze Götzendienſt, der nun mit der „Landesverteidigung" durch Maſchinengewehre und Kanonen getrieben wird, von Gottloſigkeit zeugt. Noch ſkandalöſer als dieſe Vorgänge wäre es freilich, wenn die Mitteilung bürgerlicher Zeitungen richtig wäre, daß eine Petition mit etwa hundert Unterſchriften von Parteigenoſſen, darunter denen von Oberrichter Lang und Stadtpräſident Klöti, an den Parteivorſtand gelangt ſei, mit der Aufforderung, ſo raſch als möglich einen Parteitag einzuberufen und ihm die vorbehaltloſe Zuſtimmung zur Landesverteidigung vorzuſchlagen. Das wäre Kapitulation vor dem Bürgertum in optima forma. Von allen Seiten tönt es ja jetzt: „Endlich, endlich ein Bekenntnis zur Demokratie und zur Landesverteidigung, und alles ſei vergeſſen!" Auch die Völkerbundsvereinigung öffnet um dieſen Preis der Arbeiterſchaft die Arme. Und Minger hat in Rorſchach von einer Volkspartei der Bürger, Bauern und Arbeiter geredet, die miteinander auf dem Boden der „Landesverteidigung" ſtünden.

Gewiſſe neuerliche Vorgänge im Militär ſollten aber denen, die von einer „Armee der Demokratie" träumen, doch die Augen endlich geöffnet haben. Da iſt einmal der Fall Thoma, die Ausſchließung des angehenden Generalſtabsoffiziers und ſt. galliſchen Kantonsrates Thoma aus der Armee wegen „eines Offiziers unwürdigem Lebenswandel", was bedeuten will, wegen ſeiner Zugehörigkeit zur kommuniſtiſchen Partei. Die Armee enthüllt ſich darin doch deutlich als eine Waffe im Klaſſenkampf, und zwar in der Hand des Bürgertums. Denn was ginge ſonſt die politiſche Stellung eines Mannes die Armee an? Aber wenn man in dieſem Falle denken wollte, das beziehe ſich doch nur auf die Kommuniſten, ſo überlege man die nicht dementierte Mitteilung, daß Oberſt Bircher ſich mit frontiſtiſchen Offizieren in Beziehung ſetzen mußte, weil unſicher zu ſein ſchien, ob ſie gegen — Frontiſten ihre Pflicht tun würden? Und ſollten Sozialiſten wirklich ſo verblendet ſein, nicht zu merken, warum man von allen Seiten ſie gerade von dieſem Punkte, dem Antimilitarismus, abbringen will?

Man will damit die Arbeiter vom Sozialismus weglocken. Wenn es in dieſem Punkte gelingt, denkt man, wird es auch in andern gelingen. Er wird zuletzt ganz vernünftig werden. Dabei wird dieſer Militarismus, in deſſen Dienſt man auch den Sozialismus ſtellen will, immer anſpruchsvoller, immer hemmungsloſer. Nun ſoll auch der Rekrutenkurs verlängert, ſoll die Arbeitsbeſchaffung militäriſchen Zwecken unterworfen, ſoll der Feſtungsbau neu an die Hand genommen, der „Luftſchutz" in Angriff genommen werden. Und in all dieſen Trug, der mit einer ſchweren Gerichtskataſtrophe enden wird, ſoll der Sozialismus mit hineingezogen werden? Es wäre ſein ſicherer Untergang.

Summa: Die Schweiz hat eine Erneuerung bitter nötig, aber eine vom Pfingſtgeiſt her.

Der abgeſchlagene Vorſtoß gegen die antimilitariſtiſchen Pfarrer!

Aus techniſchen Gründen ſind die „Neuen Wege" nicht dazu gekommen, ſich unmittelbar vor der Abſtimmung oder unmittelbar nachher zu den Zürcher Pfarr-

wahlen zu äußern, bei denen eine militariſtiſch-frontiſtiſche Gruppe die Wegwahl der „antimilitariſtiſchen", d. h. religiös-ſozialen Pfarrer verſuchte. Seit langem hatte man dieſen Feldzug vorbereitet oder auch zum Teil ſchon eröffnet. Beſonders war gegen Pfarrer Paul Trautvetter in Höngg in den bürgerlichen Blättern, in der „Zürcher Volkszeitung", der „Neuen Zürcher Zeitung", und in Lokalblättchen ein Kampf geführt worden, der auch von dem Mittel der perſönlichen Verleumdung Gebrauch machte, ja es mit einer ſolchen noch im letzten Augenblick verſuchte und ſich überhaupt jeder Rückſicht auf die Wahrheit entſchlug. Beſonders hatte die Broſchüre über den 9. November, dieſer dicke Strich durch die Rechnung der Reaktionäre, eine immenſe Wut gegen ihre Verfaſſer und Unterzeichner erregt. Es ſchien nicht allzu ſchwer zu ſein, dieſe vermeintlich iſolierten Männer zu treffen. Dabei war die Aktion jedenfalls als ein erſter Stoß gedacht, der dann weitere, gegen die ſozialiſtiſchen Lehrer und Beamten gerichtete, folgen ſollten.

Und nun das Ergebnis? Die angefochtenen Pfarrer (es handelte ſich neben Trautvetter in Zürich-Höngg vor allem um Kobe in Zürich-Oerlikon, Lejeune in Zürich-Neumünſter und Bachmann in Zürich-Wiedikon) ſind glänzend wiedergewählt worden, mit doppelter, dreifacher, ſechsfacher Mehrheit (beſonders glänzend gerade der am meiſten angefochtene), während ein des „Frontismus" Verdächtiger beinahe weggewählt worden wäre. Auch anderwärts wurden die religiös-ſozialen Pfarrer mit ſehr großer Mehrheit wieder gewählt.

Sehr hervorzuheben iſt, daß mit einer Ausnahme, die zufälliger Natur iſt, alle Kirchenpflegen zu den angefochtenen Pfarrern ſtanden, ganz beſonders die von Höngg, und daß auch der kantonale Kirchenrat die Offiziersgeſellſchaft, die ihn gegen Trautvetter mobiliſieren wollte und das für eine ſelbſtverſtändliche Sache hielt, abblitzen ließ. Von den Kollegen der Angefochtenen und andern Vertretern der Kirche hätten Naive allerdings ein ritterliches Wort des Einſtehens für die Angefochtenen in der Oeffentlichkeit erwartet, aber Ritterlichkeit wäre ja ſeelengefährlicher „Titanismus"!

Das Ereignis hat eine Bedeutung, die noch weit über den kirchlichen Rahmen hinausreicht. Es zeigt wieder einmal ganz klar, daß hinter all dem Geſchrei von der „Landesverteidigung" im Sinne eines Kultus des Militärgötzen gar nicht die Maſſe des Volkes ſteht, ſondern bloß eine Clique von Intereſſierten, die aber an der großen Glocke der Preſſe ſteht. Das große Volk liebt vielmehr Pfarrer, die *gegen* den Militärmoloch wie gegen die Geldherrſchaft und andere Götzenherrſchaften in klarer Sprache und Haltung Chriſtus vertreten. Vertrauet darauf! Und bedenket, ihr Nutznießer reaktionärer Konjunktur: Es iſt nicht aller Tage Abend!

Zivildienſt 1934.

Am 18. Juni beginnt ein Zivildienſt in Santa Maria im Münſtertal, Kanton Graubünden. Fritz Wartenweiler bekam eine Anfrage durch das dortige Pfarramt zu Anfang dieſes Jahres, ob der I. Z.-D. bereit wäre, eine ſehr dringende Rüfe-Verlegung dieſen Sommer dort durchzuführen. Letzte Woche hat der Schreiber dieſer Zeilen dieſe Aufgabe in Santa Maria beſichtigt und iſt der Meinung, daß dieſe Arbeit für den Zivildienſt wie gemacht iſt und auch von Nichtfachleuten gut durchgeführt werden kann. Gemeindevorſtand und Bezirksingenieur ſind uns wohl geſinnt, Herr Pfarrer Filli ein Freund unſerer Bewegung. Es iſt der Gemeinde finanziell nicht möglich, eine Verbauung durchzuführen, wie das Kanton und Bund in ſoliden Steinmauern gewöhnlich tun. Eine ſolche Mauer würde mindeſtens 100,000 Franken koſten, woran die Gemeinde 40,000 Franken übernehmen müßte. Sie hat an anderer Stelle vor zehn Jahren für einen ſolchen Schutz Tauſende von Franken bezahlt und kann jetzt im beſten Fall 10,000

Franken zur Verfügung ſtellen. Die jetzt das Dorf und Kulturland bedrohende Rüfe hat in ihrem unteren Teil das gegebene Bachbett aufgefüllt mit Geſchiebe und die Behörden ſind der Anſicht, daß ein Ausheben keinen Wert hat, da in einigen Jahren die gleiche Arbeit wieder zu machen wäre. Deshalb ſoll dem Wildbach eine neue Richtung an geeigneter Stelle gegeben werden, ein ſtarkes Gefälle ſoll dafür ſorgen, daß das Geſchiebe durch das Waſſer möglichſt in den großen Rambach hinunter geführt werde. Zu dieſem Zweck ſoll durch einen Erlen- und Lärchenwald ein neues Bachbett gegraben werden mit einem Naturdamm gegen die Dorfſeite. Die gefällten Lärchen ſollen dazu dienen, dieſen Damm durch einen Unterbau zu verſtärken, nachher ſoll eine Bepflanzung mit Erlen die Verwachſung ermöglichen. Die Länge iſt etwa 700 Meter, der obere Anſchluß an beſtehende Mauern wird durch Fachleute ausgeführt. Die Situation iſt ſo, daß, wenn beim nächſten Unwetter der Bach heraustritt, ſchönes Kulturland und die ſüdlichen Häuſer des Dorfes in Gefahr ſind.

Das Komitee des I. Z.-D. hat beſchloſſen, der Zürcher Gruppe dieſe Aufgabe zuzuweiſen. Wir freuen uns über dieſes Vertrauen und hoffen, es nicht zu enttäuſchen, dazu iſt die ideelle und materielle Hilfe aller Freunde nötig. Wir haben auch in der Geſtaltung volle Freiheit und wollen nun der körperlichen Arbeit jeden Tag auch eine Stunde geiſtige Arbeit einſchließen. Die Handarbeit ſoll 7½ Stunden betragen, nach dem Frühſtück eine Stunde „Volkshochſchule". Für die erſten vier Wochen hat dieſe Aufgabe Albert Senn, der Mitarbeiter von F. Wartenweiler, übernommen. Gemeindeabende und Diskuſſionen ſollen zwei- bis dreimal pro Woche ſtattfinden, am Sonntag vor der Kirchenzeit eine gemeinſame Feierſtunde. Bei ſchönem Wetter werden gemeinſame Touren gemacht (Paß mitbringen!), in ſolcher Einteilung, daß wir am Montagmorgen doch friſch und erquickt durch die herrlichen Berge unſere Arbeit wieder aufnehmen können.

Die Fahrt nach Santa Maria durch den ganzen Kanton Graubünden und über den Ofenbergpaß iſt einzig ſchön, ſie geht auch mitten durch den Nationalpark. Das Gebiet um Santa Maria iſt hochalpin, das Münſtertal von einer Lieblichkeit, die jedem bekannteren Tale gleichkommt. Die Hauptſprache iſt romaniſch, aber jedermann verſteht auch deutſch. Für die Unterkunft ſteht uns das Schulhaus zur Verfügung; bereits hat ſich eine Schweſter bereit erklärt, für den ganzen Dienſt — er dauert voraussichtlich bis Mitte September — die verantwortliche Küchenleitung zu übernehmen. Das notwendige Werkzeug wird uns von der Gemeinde und vom Kanton zur Verfügung geſtellt. Der weite Transport wird die Koſten für unſere Verpflegung erhöhen, *deshalb werden wir für Sendungen aller Art ſehr dankbar ſein.* An die ſehr hohen Reiſekoſten ſind uns Ermäßigungen in Ausſicht geſtellt, die Z.D.-Kaſſe wird bei 12 Arbeitstagen dieſelben übernehmen, wer aber einen perſönlichen Beitrag geben kann, ſoll es tun, die wunderbare Reiſe dahin iſt es ſchon wert!

Bedingungen: Jeder Teilnehmer muß ſich beim Sekretariat Service Civil International in Gland, Vaud, anmelden, *ohne Einberufung wird niemand angenommen.* In der Regel ſoll jede Anmeldung von einem ärztlichen Zeugnis begleitet ſein (in Zürich koſtenloſe Ausſtellung durch die mediziniſche Poliklinik, Schmelzbergſtraße 4, Sprechſtunden Werktags 8—10 Uhr). Freiwillige unter 18 Jahren werden nur ausnahmsweiſe angenommen. Unſere Statuten müſſen jedem Teilnehmer bekannt ſein; für die Durchführung dieſer Aufgaben ſetzen wir den rechten Geiſt und feſten Willen voraus. Jeder ſoll angeben, wann und wie lange er mitzuarbeiten wünſcht, wenn möglich mindeſtens zwei Wochen. Jeder wird ſich, ſobald er die Einberufung erhalten hat, verpflichtet halten, auf die angegebene Zeit einzurücken und auszuhalten. Immerhin bleibt das Recht des Arbeitleiters für vorzeitige Entlaſſung gewahrt. Die Arbeit iſt körperlich anſtrengend, kann aber bei guter Geſundheit und normaler Körperkraft geleiſtet werden, ſo weit als möglich wird auch bei ſchlechtem Wetter gearbeitet.

Alle Teilnehmer ſind kollektiv verſichert gegen Arbeitsunfall, das Riſiko für Krankheit und andere Gefahren tragen alle ſelber. Außer den Transportkoſten werden keine Entſchädigungen geleiſtet. Strohſäcke und Wolldecken ſind vorhanden, jeder ſoll für ſich Bettücher oder Schlafſack mitbringen. Dazu ſtarke Arbeitsſchuhe, gute Arbeitskleider, Leibwäſche und Toiletteſachen — leichtes Gepäck! Dazu einen eventuellen Vortrag über ein beliebiges Gebiet, nicht daß dann alle wieder ſagen: „Ich habe alle meine Bücher zu Hauſe!" Für das Flicken und Waſchen hat jeder ſelbſt zu ſorgen.

Selbſtverſtändlich ſind gute Kameradſchaft und geſunde Fröhlichkeit auf dem Arbeitsplatz und im Kantonnement. Jeder unterzieht ſich einer ſtrengen Diſziplin und den Weiſungen des Arbeitsleiters, Pünktlichkeit, Ordnung, Sorge zum Material. Der Alkohol iſt auf dem Arbeitsplatz und im Kantonnement ganz ausgeſchloſſen.

Möglicherweiſe — bei genügend Anmeldungen — findet zu gleicher Zeit ein Dienſt in *Les Ormonts* ſtatt. Wer nach Santa Maria will, kann das auf der Anmeldung bemerken, wünſchen möchten wir, daß jeder bereit iſt, dahin zu gehen, wo es vom Sekretariat als notwendig erachtet wird. Was in Les Ormonts — unſerem erſten Zivildienſtplatz — zu tun iſt, darüber wird Eugen Lyrer berichten, ebenſo über die Dienſte in England und Pierres gegenwärtige Reiſe nach Indien. Nötig iſt, daß jeder kommt, der es irgendwie ermöglichen kann. Wir werden gerne auch Arbeitsloſe berückſichtigen, auf keinen Fall wollen wir aber nur ein Arbeitslager ſein — das iſt wieder eine andere notwendige Aufgabe —, ſondern einen richtigen Zivildienſt, und das kann nur bei intenſiver Propaganda und tatkräftiger Mitwirkung jedes einzelnen erreicht werden.

Für Propagandavorträge, Lichtbilder, Clichés und Photographien wende man ſich bitte direkt an Ernſt Maier, Amerbachſtraße 47, Baſel.

Freunde, die dieſes Jahr nicht ſelbſt aktiv am Dienſte teilnehmen können, machen wir beſonders auf unſer Spendenkonto aufmerkſam: „Service Civil International V 9672", Baſel. (Mit dem Vermerk: Für Zivildienſte 1934.)

Für die Zürcher Gruppe des Internationalen Zivildienſtes:
Clara Grotz. Wolf Schwemmer.

Von Verſtorbenen. Es ſind vier ſehr verſchiedene Menſchen, denen diesmal ein Wort des Gedenkens gewidmet wird. Da iſt *Otto Baumgarten,* der Profeſſor der Theologie in Kiel, der kampfreiche theologiſche Recke. Vor wenigen Monaten noch iſt der durch die neueſte Wendung der deutſchen Geſchichte hart Betroffene unſer Gaſt geweſen und haben wir miteinander dieſe Geſchicke beſprochen. Nicht immer waren wir ſo einig wie hierin. Wir Religiös-Soziale haben ihn wegen ſeiner neulutheriſchen, auf der Linie Naumanns wandelnden Kriegstheologie ſeit langem „auf dem Striche" gehabt und mit ihm deswegen Aergerliches erlebt. Aber für Deutſchland war das, was uns ärgerte, noch gemäßigt. Und Eins muß man von dieſem Manne ſagen, was man immer weniger zu ſagen Anlaß hat: Er war ein Mann von unbedingter Ehrlichkeit und Tapferkeit. Darum nannte er ſich ſelbſt zuletzt einen „Unmöglichen". Aber ſolche „Unmöglichen" geben dieſer an der Lüge und Feigheit ſonſt verfaulenden Welt die Möglichkeit zu leben. Und ſchon darum werden wir ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Er war aber in *ſozialen* Dingen, im engeren Sinne des Wortes, weitgehend unſer Geſinnungsgenoſſe.

Ein Kämpfer war auch der *Erzbiſchof Franz Kordae* von Prag. Als faſt Achtzigjähriger hat er, wie einige Leſer vielleicht noch wiſſen, den Mut und die Kraft und die Klarheit gehabt, über die ſoziale Frage in einem Hirtenbrief äußerſt revolutionäre Dinge zu ſagen, die in dem Satze gipfelten, daß, wenn nicht Einſicht und Umkehr erfolge, Europa in einem roten Meer von Blut und Feuer unter-

mich, coûte que coûte, das in diesen alldeutschen Kreisen gegen Professor Förster übliche Verfahren angewendet werden: meine ganze Haltung sei auf Bestechung zurückzuführen. Das „gewollt" erscheint in dem ganzen Zusammenhang als wahrscheinlich. Schade ist nur, daß nicht auch gerade gesagt wird, wie viel Tantièmen ich jährlich von Schneider-Creusot und vielleicht auch von den Skodawerken beziehe!

Nun, das wäre ja bloß zum Lachen. Ich schätze nicht einmal die Leser der „Schweizer Monatshefte" so niedrig ein, daß sie dergleichen von mir glaubten. Aber die Tatsache mußte doch ins Licht gestellt werden, daß eine solche Schufterei unter uns möglich ist, wie dieses Stück eines baslerischen Methodistenpredigers. Und ich sage diesem: Herr Prediger Lienhard, jeder Gang zur Kanzel, den Sie mit dieser Niederträchtigkeit auf dem Gewissen tun, wird Ihnen zum Gericht.

Leonhard Ragaz.

Verdankungen.

Mit warmem Dank zeigen wir den Empfang folgender Gaben für unsere *Emigriertenkasse* an:

Von A. B. in Z. für B. A. 50.—; von E. T. in B. 100.—; von B. B. in W. 2.—; Kindern L. in K. 10.—; A. H. in G. 5.—; Ungen. in Z. 5.—; Ungen. in Z. 5.—; A. H. in A. 50.—; Sektion Stäfa der I. F. F. F. 10.—; Ungen. in Z. 10.—; E. M. in Z. 10.—; Ungen. in Z. 100.—; H. N. in Z. 50.—; Ungen. in L. 7.50; Frau L. z. Zt. in Z. 20.—. Total Fr. 484.50. L. u. C. Ragaz.

Berichtigungen. Im *Maiheft* sind einige arge Druckfehler zu berichten. S. 217, Z. 6 v. unt. muß es heißen „das *englische*" (statt das „französische") Bündnis; S. 225, Z. 17 v. ob. „*Italien*" (statt „Polen"). Ferner muß es heißen: S. 231, Z. 6 v. oben „*etwa durch*" (statt „etwa"); S. 242, Z. 20 v. unt. „*wird* verlassen" (statt „verlassen"); S. 244, Z. 3 v. unt. „*bildete*" statt „bildeten". Und so fort. Ich werde nicht alles entdeckt haben.

Redaktionelle Bemerkungen.

Die Rubrik „*Zur Weltlage*" ist wieder zu stark angeschwollen. Trotzdem das in der Natur der Dinge liegt (da eben jetzt in einem Monat oft mehr geschieht, als sonst in einem Jahre), so bin ich entschlossen, das um jeden Preis zu ändern, um mehr Raum für anderes zu gewinnen. Man wird aber bemerken, daß diesmal viel *Grundsätzliches* in dieser Rubrik steht und auch sonst einiges sehr gut anderwärts im Hefte stehen könnte, das aber vielleicht doch am sinnvollsten in diesem ganzen Zusammenhang erscheint.

Das *Juli- und Augustheft* soll wieder zusammengezogen werden und anfangs August erscheinen.

Zweck und Mittel.

Der Zweck muß im Mittel schon ausgeführt und verwirklicht sein.

Lasalle.

Stark sein.

Man muß es nötig haben, stark zu sein, sonst wird mans nie.

Nietzsche.